

Die COVID-19 Krise – ein Wendepunkt für das Europäische Projekt

EuroMemorandum Gruppe¹

Angesichts des immensen menschlichen Leids quer durch Europa, stellt die COVID-19 Krise ohne Zweifel einen entscheidenden Test für die Solidarität innerhalb der Europäischen Union dar, aber auch für den globalen Kooperationswillen insgesamt. Nach der unzureichenden wirtschaftspolitischen Antwort auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 würde ein neuerliches Versagen bei der Suche nach effektiven und kooperativen Lösungen die sozialen und politischen Spannungen zwischen den Mitgliedsstaaten weiter erhöhen. In diesem Fall wäre eine weitere Stagnation, wenn nicht ein Kollaps des Projekts der Europäischen Einigung möglicherweise unvermeidbar.

Wenigstens hat die COVID-19 Epidemie Austerität als Fetisch der Europäischen Wirtschaftspolitik entsorgt. Konfrontiert mit der Aussicht auf Massenarbeitslosigkeit und einem noch nicht dagewesenen Ausmaß an Unternehmensinsolvenzen als Folge der staatlich verordneten Stilllegung des wirtschaftlichen Lebens, haben die neoliberalen und konservativen Politikeliten rasch massive öffentliche Hilfsprogramme im Gesamtausmaß von 10 oder mehr Prozent des BIPs aufgelegt. Die Europäische Kommission hat die Anwendung der Schuldenkriterien des europäischen Stabilitätspakts und die restriktiven öffentlichen Vergaberegeln de-facto ausgesetzt, während die EZB nach kurzem Zögern ihre Politik der Bereitstellung von Liquidität für das Finanzsystem fortgesetzt hat. Angesichts einer potenziell existentiellen Krise des Kapitalismus wurde das zentrale wirtschaftspolitische Dogma, das zuvorderst für die politischen und wirtschaftlichen Probleme der letzten 10 Jahre verantwortlich ist, rasch außer Kraft gesetzt. Wie die Finanzkrise 2008/09 gezeigt hat, stellt dies allerdings nicht notwendigerweise einen Paradigmenwechsel dar.

Die COVID-19 Krise hat in ähnlicher Weise auch die tragischen Politikfehler von drei Jahrzehnten Privatisierung und finanzieller Auszehrung des öffentlichen Sektors, und hier vor allem der Gesundheitsversorgung, schonungslos offengelegt. Die Bewältigung der Epidemie lastet überwiegend auf finanziell und personell unterausgestatteten öffentlichen Gesundheitssystemen. Die große Bedeutung eines starken öffentlichen Sektors wird durch die Krise offensichtlich. Das neoliberale Märchen vom Minimalstaat wird dadurch ad Absurdum geführt. Dass die COVID-19 Krise gerade die furchtbaren Konsequenzen fiskalisch ausgebluteter öffentlicher Sektoren in Ländern wie Italien, Spanien und Griechenland aufzeigt, die am meisten von der wirtschaftlichen Polarisierung und der ihnen aufgezwungenen Austeritätspolitik des letzten Jahrzehnts betroffen waren, ist kein Zufall.

Vor diesem Hintergrund ist der Mangel an europäischer Solidarität, der den am stärksten von der Pandemie betroffenen Ländern von Deutschland, den Niederlanden, Österreich und anderen EU Staaten entgegengebracht wird, erschütternd. Exportbeschränkungen von medizinischen Gütern, Grenzschließungen und vor allem die hart-

näckige Weigerung zumindest Corona Bonds, wenn nicht sogar weiterführende Mechanismen gemeinsamer Verschuldung einzuführen, fügen dem politischen Zusammenhalt der EU schweren Schaden zu. Dass Politiker/innen wie Italiens Premierminister Giuseppe Conte die Unterstützung von Ländern wie China, Russland und anderen ausdrücklich lobt, ist bezeichnend für die verbreitete Frustration über die politische Situation und den mangelnden Zusammenhalt in der EU.

Darüber hinaus ist offensichtlich, dass nationalistische und konservative Kräfte die Krise dazu missbrauchen, jede Form einer Lösung für die empörende humanitäre Situation der geflüchteten Menschen an den EU-Außengrenzen und auf den griechischen Inseln zu blockieren. Zu ihrem eigenen Schaden ignoriert die EU auch weitgehend die sich ankündigende humanitäre als auch wirtschaftliche Krise im globalen Süden, und vor allem auf dem Afrikanischen Kontinent.

Die COVID-19 Krise wird nicht nur als humanitäre Katastrophe mit dem vermeidbaren Verlust von tausenden Menschenleben in Erinnerung bleiben, sondern wahrscheinlich auch als Wendepunkt für das Projekt der Europäischen Integration. Die Krise wird zu großen sozialen Kosten in Form von hoher Arbeitslosigkeit, einem Anstieg der Armut und einer weiteren Zunahme der Ungleichheit führen. Aufgrund der Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten war die zentrale Rolle der nationalen Regierungen während der akuten Phase der Krise unvermeidbar. Wenn die schlimmste Phase der Krise hinter uns liegen wird, werden die Beschränkungen der nationalen Regierungen beim Umgang mit den sozialen und ökonomischen Folgen allerdings offensichtlich werden.

Das hohe Ausmaß der finanziellen und wirtschaftlichen Integration in der EU erfordert ein koordiniertes und kooperatives Programm zum Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft. Dieses Programm muss deutlich mit der neoliberalen Orientierung der EU-Politik während der letzten drei Jahrzehnte brechen. Es muss die europäische Wirtschaft in Richtung eines Produktions- und Konsummodells transformieren, das wirklich sozial inklusiv und ökologisch nachhaltig ist. Dazu muss der European Green Deal der Von der Leyen-Kommission zu einem European Green New Deal weiterentwickelt werden. Allen voran muss die soziale Säule prioritär ausgebaut werden. Dazu benötigt es stabilisierende Maßnahmen gegen die Massenarbeitslosigkeit, zur Armutsbekämpfung und zur Einkommensumverteilung. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss wieder deutlich aufgewertet und ausgebaut werden. Die ökologische Säule muss für den Umbau unseres Energie-, Transport- und Ernährungssystems sorgen und unseren ökologischen Fußabdruck sowie unsere Treibhausgasemissionen entscheidend und rasch reduzieren. Die demokratische Säule muss die Beteiligung der Bürger/innen an den Investitionsprioritäten der sozial-ökologischen Transformation, vor allem auf der regionalen und lokalen Ebene, in den Fokus stellen.

Die Finanzierung der Initiativen zur Bewältigung der Krise, aber auch zum Aufbau einer nachhaltigen Zukunft kann nicht von den nationalen Regierungen allein aufgebracht werden. Gemeinsame Maßnahmen einschließlich Eurobonds und einem angemessenen EU Finanzhaushalt, wie bereits von vielen EU Ländern verlangt, müssen endlich umgesetzt werden. Die COVID-19 Krise hat deutlich gezeigt, dass die finanziellen Mittel zur Umsetzung eines umfassenden pan-europäischen Programms der sozial-ökologischen Transformation verfügbar sind, sofern der politische Wille dazu vorhanden ist. In ähnlicher Weise müssen europäische Initiativen zur Schuldenreduktion und

zur Aufstockung der Mittel für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit rasch ausgearbeitet und umgesetzt werden.

Wir rufen fortschrittliche politische Kräfte dazu auf, eine solche Agenda zu unterstützen und gemeinsam für einen weitgehenden politischen Wandel einzutreten.

Die Europäischen Ökonom/inn/en für eine alternative Wirtschaftspolitik (die Euro-Memo Group) sind ein Netzwerk von Ökonom/inn/en und Sozialwissenschaftler/innen, das sich für die Förderung der Vollbeschäftigung durch gute Arbeit, soziale Gerechtigkeit durch Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung, ökologische Nachhaltigkeit und internationale Solidarität einsetzt.

Anmerkung

- 1) http://www2.euromemorandum.eu/uploads/statement_of_the_euromemo_group_covid19_crisis_uebersetzung_ins_deutsche_final_03042020.pdf